

Zur Zerstörung
der 8000 Dörfer
in der S.R. Rumänien



Ein Bericht der
Internationalen Gesellschaft für
Menschenrechte
an die KSZE-Nachfolgekonzferenz
Wien, September 1988

Die Dörferzerstörung in Rumänien im Spiegel der Presse

Neue Zürcher Zeitung
9. September 1988

«Kultureller Völkermord» in Rumänien

Stellungnahme des Heimatschutzes

(Mitg.) Der Schweizer Heimatschutz (SHS) hat den Bundesrat in einem Brief ersucht, sich zu den Dörferzerstörungen in Rumänien vernehmen zu lassen. Er weist auf den europäischen Stellenwert des betroffenen architektonischen Erbes hin und auf die Bedeutung der Siedlungskultur für die Identifikation der Bewohner mit ihrer Heimat.

Der SHS hält die Schweiz für besonders legitimiert und verpflichtet, dieses Verbrechen anzuprangern, weil sie seit ihrer Gründung als Bundesstaat bewiesen hat, dass eine Nation mit verschiedenen Volksgruppen durchaus existieren und prosperieren kann, ohne ihre Minderheiten zu unterdrücken. Der Anspruch auf eine kulturelle Identität gehört nach Meinung des SHS ebenso zu den Menschenrechten wie die Religionsfreiheit oder die freie Meinungsäußerung. Die Vorgänge in Rumänien betrachtet der SHS als kulturellen Völkermord, denn die gewachsenen Siedlungen gehören – zusammen mit Sprache, Musik, Glauben, Kunst und Brauchtum – zu dem Netz, das in einer Bevölkerung das Zusammengehörigkeitsgefühl erst ermöglicht. Der SHS fühlt sich von diesen Geschehnissen besonders betroffen, weil er in der Schweiz ähnliches, wenn auch schleichend und über Jahrzehnte verteilt, mit ansehen muss.

DIE WELT
2. September 1988

Scharf verurteilt

„Unmut über Bukarest wächst. In Bonn Ruf nach Sanktionen“: WELT vom 17. August

Mit Freuden lese ich den Bericht über wachsenden Unmut in Bonn wegen der verbrecherischen Politik des Ceauseacu-Regimes in Rumänien. Ich möchte darauf verweisen, daß das Europa-Parlament in seiner letzten Plenarsitzung am 7. Juli bereits schärfstens die Politik Bukarests, insbesondere die Zerstörung der deutschen und ungarischen Dörfer, verurteilt und damit die Machthaber Rumäniens eindeutig darauf hingewiesen hat, daß die derzeit besprochenen Abkommen keine Hoffnung auf eine

Ratifizierung hätten, wenn diese Politik weiter verfolgt wird. Als Autor des entsprechenden Antrages kann ich versichern, daß wir alle legitimen Möglichkeiten ausgeschöpft haben – es wäre schön, wenn das auch unser Bonner Außenamt täte.

In diesem Zusammenhang möchte ich noch ein Wort zu der Erklärung des SPD-MdB Hermann Scheer sagen, der Ceauseacu als „Faschisten in kommunistischer Tarnideologie“ bezeichnete. So sehr ich begrüße, daß man endlich auch auf der Linken beginnt, die Wahrheit über Rumänien zu erkennen, so möchte ich trotzdem auf einen typischen verbalen Umfunktionierungsversuch hinweisen, der die Substanz verfälscht. Jedesmal, wenn ein Kommunist es so weit treibt, daß man ihn nicht mehr verteidigen kann, wird glatt geleugnet, er sei ein wirklicher Kommunist. So entstand das Wort „Stalinismus“, als man die Verbrechen des führenden kommunistischen Ideologen nicht mehr verstecken konnte. Auch Pol Pot und Enver Hoxha waren Kommunisten, nicht anders als Ceauseacu. Sie sind das echte Produkt des Marxismus-Leninismus. Es ist daher unredlich, nicht anzuerkennen: Kommunismus ist Totalitarismus, und dieser, zu Ende gedacht, führt in gerader Linie zu Pol Pot und Ceauseacu.

Otto von Habsburg, CSU, MdEP,
Poeking, Bayern

Das erste Dorf in Rumänien ist dem Erdboden gleichgemacht

Istvan Szent-Ivanyi, Gründungsmitglied des ungarischen Asylkomitees für Rumänenflüchtlinge, berichtet über die Situation der Flüchtlinge

taz: Sie arbeiten bei „Menekd Bizottsag“, dem oppositionellen Flüchtlingskomitee in Budapest, das sich im Januar dieses Jahres formiert hat, um Flüchtlingen aus Rumänien zu helfen. Wieviele sind bisher in Ungarn eingetroffen?

Istvan Szent-Ivanyi: Es sind rund 20.000 nach Ungarn gekommen — 12.000 davon in den letzten Monaten. Sie gehören zu 90 Prozent der ungarischen Minderheit in Rumänien an. Es kommen aber auch vermehrt Siebenbürger-Sachsen und Rumänen — an die 2.000 dürften es nach unseren Schätzungen sein.

Können Sie etwas zur aktuellen Situation in Rumänien berichten?

Die letzte Nachricht ist, daß eines der Dörfer der ungarischen Minderheit, das Dorf Diro, am 16. August dem Erdboden gleichgemacht wurde. Das stand auch in der rumänischen Presse. Außerdem wurde die Zerstörung eines Nachbarorfes angekündigt. Fast gleichzeitig hat der Flüchtlingsstrom einen traurigen Rekord erzielt

— an einem einzigen Tag kamen 105 Menschen. Neuerdings kommen sie ohne Paß und ohne Aufenthaltserlaubnis über die Grenze. Ich vermute, daß die Sicherheitskräfte jetzt die Anweisung haben, sie einfach durchzulassen. Zuvor war es — nach unserer Information — mehrfach zu Schieberlein gekommen. Zuletzt ist auf ungarischem Boden eine junge Frau getötet worden.

Was sind das für Leute, die bei Ihnen ankommen?

Zwei Drittel von ihnen sind Städter, weitere 20 Prozent Intellektuelle. Es kommen sehr wenige Bauern. Und fast alle sind zwischen 20 und 40 Jahre alt.

Warum flüchten sie aus Rumänien?

Am meisten leiden die Menschen unter dem Staatsterror und dem Sicherheitsdienst. Natürlich spielt auch der drohende ökonomische Zusammenbruch eine Rolle. Obwohl die Mehrheit der Flüchtlinge aus den Städten kommt, haben die Menschen jetzt, wo Ceausescu offensichtlich Ernst

machen will mit dem Dorfzerstörungsprogramm, noch mehr Angst. Die Flüchtlinge sind oft in einer furchtbaren Verfassung. Ihr physischer Zustand ist alarmierend. Zwei Drittel von ihnen sind krank, ein Teil kommt vor allem, um ärztliche Hilfe zu erhalten. Das traurigste ist, daß viele auch in schlechtem psychischen Zustand sind. Manche haben Verfolgungswahn, sind mißtrauisch, vermuten selbst überall in Budapest, bespitzelt zu werden.

Welchen Status haben diese Flüchtlinge in Ungarn?

Das ist ein großes Problem. Im Moment haben sie nur eine provisorische Aufenthaltsgenehmigung, die man auf ein Jahr verlängern kann. Danach müssen sie erneut eine ständige Aufenthaltsgenehmigung beantragen — die Staatsbürgerschaft erhalten sie vorerst nicht. Nur etwa die Hälfte der ungarischen Flüchtlinge möchte in Ungarn bleiben — die anderen wollen weiterreisen, genau wie fast alle rumänischen und sächsischen Flüchtlinge. Doch

bisher hat die ungarische Regierung niemanden weiterreisen lassen. Sie hofft darauf, daß die Verhältnisse noch einmal „besser“ werden und möchte, daß die Angehörigen der Minderheit dann nach Rumänien zurückkehren. Hier muß ich die Politik der ungarischen Regierung kritisieren. Wir haben bisher immer gefordert, den Menschen doch die Weiterreise zu gestatten — vergeblich.

Findet ihre unabhängige Organisation Unterstützung in Ungarn?

Wir haben viele freiwillige Helfer, viele Ärzte, Juristen und Priester. Einige von uns gehören zur Opposition, zum Netzwerk der freien Initiativen. Offiziell erhalten wir keine Unterstützung. Am Anfang wurde uns die Arbeit sogar erschwert. Das hat sich aber gebessert. Das Wichtigste wäre, wenn sich ein internationales Forum, das Uno-Flüchtlingskommissariat in Genf zum Beispiel, unserer Probleme annehmen würde. Dann wäre die ungarische Regierung zum Handeln gezwungen.

Interview: Martina Kirfel

Schweizer Schriftsteller protestieren gegen Rumänien

Vernichtung gewachsener Strukturen

Zürich, 30. Aug. (sda) Gegen die vom rumänischen Staatschef Nicolae Ceausescu angeordnete Zerstörung von Dörfern in Rumänien haben fünfzehn Schweizer Schriftsteller und Schriftstellerinnen Protest bei der rumänischen Regierung eingelegt. In einer am Dienstag veröffentlichten Resolution verwahren sie sich gegen die Zerstörung einer in Europa einzigartigen Völkergemeinschaft.

Die Vernichtung gewachsener Strukturen beeinträchtigt die innere Freiheit des Menschen und nehme ihm sein Recht auf kulturelle Identität. Sie bedeute Entwurzelung und sei in ihrer konsequenten und brutalen Durchführung Ethnozid. Die Resolution unterzeichneten Erika Burkart, Iso Camartin, Hans Leopold Davi, Jürg Federspiel, Ernst Halter, Eveline Hasler, Alfred A. Hässler, Hans Rudolf Hüly, Hugo Loetscher, Ernst Nef, Willy Rotzler, Otto F. Walter, Laure Wyss, Gerda Zeltner und Emil Zopfi.

Deutsche Bischöfe besorgt über die Lage in Rumänien

BONN, 31. August (AP). Mit deutlichen Worten haben die deutschen Bischöfe die Pläne des rumänischen Staats- und Parteichefs Ceausescu zurückgewiesen, Tausende Dörfer einzu ebnen und die darin lebenden Menschen in neue Agrarkomplexe umzusiedeln. Die Ausführung dieses Vorhabens, für das die oft künstlich geförderte Abwanderung vieler Bewohner in die Städte und die damit einhergehende Verödung mancher Dörfer zum Vorwand genommen werde, würde einer Entwurzelung der Menschen aus ihrer seit Jahrhunderten angestammten Heimat gleichkommen, hieß es in einer am Mittwoch in Bonn veröffentlichten Stellungnahme. „Die Bevölkerung in Rumänien würde von diesen unerhörten Zwangsmaßnahmen in ihrer schweren wirtschaftlichen Notlage noch schlimmer getroffen werden. Die Angehörigen der nationalen Minderheiten, die um die Bewahrung ihrer Sprache und Kultur ringen, müssen die Einebnung ihrer Dörfer als einen nicht mehr zu verwindenden Schlag gegen ihre Existenz als Volksgruppe erleben“, hieß es weiter. Die Deutsche Bischofskonferenz fordere die internationale Öffentlichkeit und alle, die Einfluß nehmen könnten, auf, „mit ihrer Einwirkung auf die Machthaber in Bukarest nicht nachzulassen“.

Deutsche Tagespost
4. August 1988

Erste rumänische Untergrundzeitschrift

Eigener Bericht der Deutschen Tagespost

BUDAPEST. (rst) Rumänische Flüchtlinge, die in Ungarn seit 1987 in Emigration leben, haben die erste rumänische Samisdat-Zeitschrift, die für Leser in Rumänien bestimmt ist, herausgebracht. Unter dem Titel „Romania Libera“ (Freies Rumänien) sind bereits zwei Nummern des Samisdat erschienen. Die Zeitschrift wird von einem zehnköpfigen Redaktionskollektiv redigiert. Seine Mitglieder sind unter anderem ein rumänischer orthodoxer Geistlicher, ein Stahlarbeiter und vier Ingenieure. Drei von den Herausgebern sind Frauen. Die meisten sind jünger als vierzig Jahre. In der Zeitschrift, die den Untertitel „Erster rumänischer Samisdat hinter dem Eisernen Vorhang“ trägt, werden wichtige politische, wirtschaftliche, religiöse und kulturelle Fragen Ru-

mänien behandelt. Einige Artikel beschäftigen sich ausführlich und kritisch mit der Politik der Zerstörung der rumänischen Dörfer, die Parteichef Ceausescu veranlaßt hat. Dabei wird angeprangert, daß vor allem Dörfer, die von Deutschen und Ungarn bewohnt werden, der Zerstörungswut zum Opfer fallen. Zugleich wird auch eine Protestresolution, die von 385 rumänischen Flüchtlingen, die in Ungarn leben, unterzeichnet ist, gegen diese Pläne Ceausescus veröffentlicht. Bemerkenswert sind Informationen über das Leben der Kirche in Rumänien. In einem Interview mit einem Geistlichen wird die Kollaboration eines großen Teiles der orthodoxen Hierarchie mit dem kommunistischen Regime scharf verurteilt.